

AKTUELL

MOUVEMENT ZUM WASSERGESETZ

Das Kuckucksei

Raymond Klein

Auf der Grundlage einer interessanten Studie will der Mouvement écologique Vorschläge für eine ökologisch und sozial sinnvolle Gestaltung der Wasserpreise formulieren. Der Versuch scheitert am Prinzip Kostenwahrheit.

Am vergangenen Dienstag legte der Mouvement écologique seine zweite Stellungnahme zur Reform der Wassergesetzgebung vor: „Für umwelt- und sozialgerechte Wasserpreise: im Interesse einer nachhaltigen Wasserwirtschaft“. Grundlage war eine vom Umweltökonom Dieter Ewringmann erstellte Studie.

„Ob der Wasserpreis wirklich steigt, ist völlig ungewiss“, erklärte überraschenderweise der Wissenschaftler. Zwar dürfen laut europäischer Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die dem Gesetz zu Grunde liegt, die Kosten für die Aufbereitung von Trinkwasser und die Klärung von Abwasser nicht mehr subventioniert werden, wie dies bis-

her der Fall war. Doch ein erheblicher Teil dieser Kosten, so Ewringmann, sei nicht von den „Gebührenzahlern“, also den zahlenden Endverbrauchern, verursacht, und dürfe deshalb nicht über den Wasserpreis gedeckt werden. Dazu gehört der kommunale und staatliche Eigenbedarf, der bisher nicht verrechnet wird - zum Beispiel die Klospülung im Rathaus. Vor allem aber geht es ums Abwasser, das mit der Entwässerung des versiegelten öffentlichen Raums - also der Gebäude, Plätze und Straßen - anfällt, laut Ewringmann bis zu 25 Prozent des gesamten Aufkommens. In diesem Sinne müsste ein Teil der Kosten der Abwasserbehandlung künftig vom Fonds des routes übernommen werden. Ein Beitrag zur Sichtbarmachung der externen Kosten des motorisierten Individualverkehrs, der dem Mouvement sicher ins Konzept passt.

Weniger Mundgerecht ist allerdings eine andere Konsequenz von Ewringmanns strikter Anwendung der Verursachungsgerechtigkeit: Weil ein

Großteil der in der Wasserwirtschaft anfallenden Kosten Fixkosten sind - Abschreibung der Infrastrukturen und Unterhalt der Leitungsnetze - ist bei einem „gerechten“ Wasserpreis die Anschlussgebühr hoch und der Kubikmeterpreis niedrig. Das begünstigt einerseits kinderreiche Familien - und verbrauchsintensive gewerbliche Tätigkeiten. Andererseits schwächt es den Lenkungseffekt: Wer sowieso für einen teuren Anschluss zahlen muss, wird sich leichteren Herzens ein paar Fuder mehr vom billigen Nass für seinen Swimmingpool leisten. „Da haben ein paar bei uns schlucken müssen“, gibt Blanche Weber zu. Denn die Begeisterung der UmweltschützerInnen für die WRRL rührt vor allem daher, dass man hoffte, die Menschen durch höhere Kubikmeterpreise zu einem sparsameren Umgang mit der Ressource Wasser zu erziehen. Nun dürfte dem Mouvement klar geworden sein, was die woxx schon seit langem schreibt: Die konsequente Anwendung der so genannten Kostenwahrheit führt keineswegs zu einer ökologischen Gestaltung des Wasserpreises.

Dennoch spricht sich der Mouvement kategorisch gegen eine Staffellung des Wasserpreises aus, bei der die Grundversorgung verbilligt oder gratis wäre. „Das ist ungerecht. Dann

würde ich ja auch davon profitieren, obwohl ich für das Wasser zum richtigen Preis aufkommen könnte“, so Blanche Webers simples Argument. Die Umweltorganisation schließt nicht aus, dass man Wasserpreiserhöhungen abfedern muss. Dies solle dann aber über selektive Mechanismen, ähnlich der bekannten Heizkostenzuschüsse, geschehen.

Dass eine fortschrittliche Bewegung wie der Mouvement ein solches liberales sozialstaatliches Denken kritiklos übernimmt, gibt zu denken. Weder die Gefahr der Stigmatisierung der EmpfängerInnen selektiver Leistungen, noch die Delegitimierung des Sozialstaates in den Augen der Mittelschicht sind ein Thema. Auch die Idee, dass es einen Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge geben soll, der nicht kostendeckend funktioniert, scheint in die Überlegungen nicht eingeflossen zu sein. Und schließlich scheint man beim Mouvement an einem ökonomistischen Prinzip wie der Kostenwahrheit sogar dann festzuhalten, wenn klar ist, dass es unter ökologischen wie unter sozialen Aspekten die schlechtere Lösung darstellt.

Stellungnahme des Mouvement und Studie unter www.oeko.lu

OBDACHLOSIGKEIT

Freie Fahrt für „Doktor Stämm“

Christiane Walerich

Vor Ort Obdachlosen ärztliche Hilfe zu garantieren - das ermöglicht die neue mobile Krankenstation. Doch es mangelt an ehrenamtlich betreuenden Ärzten.

„Wir brauchen dringend weitere Ärzte, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, damit die neue mobile Krankenstation zur Behandlung von Obdachlosen auch entsprechend zum Einsatz kommen kann“, meint Pierre Kutter, Allgemeinarzt und seit vier Jahren ehrenamtlich bei der „Stämm vun der Strooss“ tätig. „Doktor Stämm“, heißt denn auch der neue Kleintransporter, der diese Woche eingeweiht wurde und der den veralteten, bisher benutzen Krankenwagen ablöst. Großzügige Spenden hatten die Neuanschaffung des Gefährts ermöglicht, das von den Aus-

maßen her eine bessere Behandlung gestattet und über eine adäquatere ärztliche Grundausstattung verfügt. Das Gesundheitsministerium hat sich zur Finanzierung des Unterhalts der mobilen Krankenstation bereit erklärt.

Seit 1997 gibt es die ambulante Betreuung der „Stämm vun der Stroos“. Sie stellt eine unkonventionelle Direkthilfe dar und richtet sich an jene, die sogar im Krankheitsfall oft von sich aus keinen Arzt aufsuchen. „Name, Vorname und Matrikelnummer der Patienten interessieren uns nicht und sind keine Voraussetzung, um behandelt zu werden“, erklärt Kutter. Die mobile Krankenstation gibt feste Stellplätze, feste Daten und Uhrzeiten an zu denen Obdachlose sowie Drogenabhängige oder illegale Flüchtlinge kostenlos und ohne terminliche Vereinbarung versorgt werden kön-

nen. „Leider jedoch ist die ambulante Behandlung am Bahnhof und beim Tox-In bisher nur jeden zweiten Mittwoch im Monat möglich - aufgrund der fehlenden Ärzte“, so Kutter.

An den Behandlungstagen hatte die mobile Krankenstation bisher zwischen 15 und 25 Patienten mit unterschiedlichen Beschwerden zu betreuen. Meistens waren das Erkältungen, kleine Verletzungen, aber auch Fußpilz, Zahnschmerzen oder Hauterkrankungen - Probleme, die mit einer mangelnden Hygiene zusammenhängen. Aber auch Spritzenabszesse aufgrund von Drogenkonsum kommen oft vor. „Geschlechtskrankheiten werden nur explizit auf Nachfrage des Patienten behandelt“, erklärt Kutter. Daneben jedoch hat die ambulante Arztstation auch mit schweren Krankheitsbildern zu tun, wie Frakturen oder Infektionen. „Schwierig ist insbesondere die Behandlung von chronischen Erkrankungen wie etwa Bluthochdruck oder Diabetes, da hier eine konstante Weiterbetreuung aufgrund der unbeständigen Lebensweise der Patienten umständlich ist“, meint Kutter.

Ein Tabuthema in der Behandlung ist nach wie vor die Substitutionstherapie mit Methadon. Nicht wenige der drogenabhängigen Patienten leiden

unter Unruhezuständen, Nervosität und Schlafproblemen - Symptome, die jedoch nicht behandelt werden können, da Schmerz- und Beruhigungsmittel wie Benzodipine, Methadon oder Morphin nicht verschrieben werden dürfen.

Dennoch bleibt die unkonventionelle Direkthilfe umständlich. Um verordnete Medikamente zu erhalten, müssen die Patienten einen Sozialarbeiter aufsuchen, der ihnen einen Gutschein ausstellt. Dieser wiederum kann lediglich in einer einzigen Apotheke in Bonneweg eingelöst werden. Finanziert werden die Medikamentengutscheine aus Spendengeldern der „Stämm vun der Stroos“.

Alexandra Oxacelay, Direktionsbeauftragte der „Stämm“, freut sich über das neue Gefährt. Und hofft auf weitere Unterstützung. Denn auch die Räumlichkeiten der „Stämm“, ein Altbau in der „rue du cimetière“, gleichzeitig Treffpunkt der Obdachlosen wie auch Essensausgabe und Kleiderstube, sind zu klein. „In der Mittagspause haben wir oft nur 50 Sitzplätze für 70 Besucher. Und wir verfügen nur über eine einzige Sanitäreanlage“, so Oxacelay.